

OSTPOLITIK

Gefahr für alle

Einige glauben, man könnte so eine Art verspätete Bismarck-Politik machen.

Willy Brandt

Zwei Tage lang fühlten sich die Diplomaten des Bonner Kanzleramts von einem Hauch Bismarckscher Weltpolitik angerührt. Denn der russische Botschafter Zarapkin hatte dem deutschen Kanzler über fernöstliche Differenzen seines Landes mit China berichtet.

Nachdem der Russe am Dienstag letzter Woche aus einem Memorandum Einzelheiten über den Grenzzwischenfall am sibirischen Fluß Ussuri vorgelesen und vor der „chauvinistischen Politik Chinas, die eine Gefahr für alle Völker Asiens darstellt“, gewarnt hatte, schwoll in Bonn das Bewußtsein der eigenen Bedeutung.

Des Kanzlers Presse-Staatssekretär Günter Diehl nannte die Demarche „in jeder Weise bemerkenswert“. Diehl fand einmal bemerkenswert, „daß eine große kommunistische Macht eine andere große kommunistische Macht in den Ländern... der kapitalistischen Welt beschuldigt, eine bestimmte chauvinistische Politik zu betreiben“.

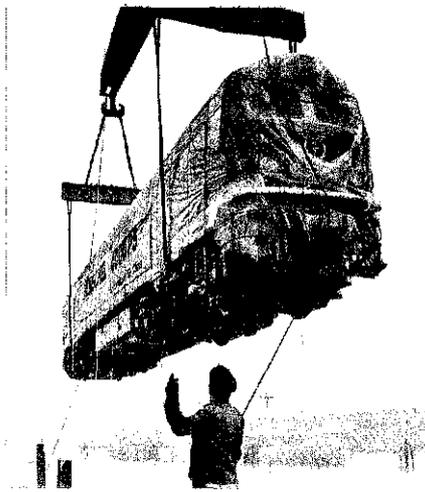
Außerdem würdigte Diehl besonders, daß Zarapkin „den Bundeskanzler selbst in dieser Sache aufgesucht hat“.

Kiesinger schätzt die Besuche des Sowjetbotschafters, die sich in den letzten Wochen wegen der Berlin-Krise und des Bonner Zögerns vor dem Atomsperrvertrag gehäuft haben. Denn der passionierte Außenpolitiker Kiesinger leidet darunter, daß die Bundesrepublik in der Weltpolitik nur als Macht zweiter Klasse gilt und daß überdies Außenminister Brandt ihm sein Lieblingsgebiet erfolgreich streitig macht. Meinungsumfragen ergaben, daß beim Volk Willy Brandt als Promoter der Ostpolitik gilt.

Deshalb spielt Kiesinger die Besuche des Sowjet-Diplomaten öffentlich hoch. Schon bevor Zarapkin letzte Woche am Palais Schaumburg vorfuhr, waren vom Pressesamt alarmierte Kameramänner des ZDF in Stellung gegangen.

Am vergangenen Freitag verwahrte sich der Sowjetbotschafter öffentlich gegen Bonner Über-Interpretationen der deutsch-russischen Kontakte: „In den Erklärungen einiger offizieller Persönlichkeiten, darunter des Leiters des Presse- und Informationsamtes, Herrn Diehl, wurden die Umstände dieser Begegnungen im falschen Lichte dargestellt.“

Der Kanzler hegt, was die Ostpolitik angeht, Visionen vom großen deutsch-sowjetischen Arrangement. Schon 1967 spielte darin Rotchina eine Rolle: „Man denke an die Bedrohung der USA schon Anfang der siebziger Jahre durch chinesische Interkontinentalraketen und die gleichzeitige Bedrohung Moskaus durch Peking. Das kann eine völlig neue europäische Situation schaffen. Ein sowjetisches Arrange-



Westdeutsche Lok für Rotchina
„Achse Bonn — Peking“

ment mit uns, das die Wiedervereinigung Deutschlands zur Folge hat, wäre dann durchaus denkbar.“

Darin trifft sich Kiesinger mit dem CSU-Chef Franz-Josef Strauß, der sich ebenfalls vom Eintritt Chinas in die Weltpolitik eine Stärkung der deutschen Position verspricht. Strauß: „Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde.“

Allerdings hat Bonn bisher nicht offen versucht, durch Annäherung an Rotchina die Sowjets unter Druck zu setzen. Nur die Handelsbeziehungen mit Peking — Westdeutschland war 1968 mit 695 Millionen Mark Export Maos zweitgrößter Handelspartner nach Japan — sind seit langem beträchtlich, und Willy Brandt hat mehrfach zu erkennen gegeben, daß er einen Handelsvertrag mit Peking anstrebt.

Schon dadurch schien der Sowjetpresse zur Realität geworden, wovon Strauß allenfalls träumt: eine „Achse Bonn—Peking“. Vorsichtige Bonner Diplomaten deuteten Zarapkins Vorstoß denn auch als eine Warnung, sich nicht durch Geschäfte mit den Chinesen Moskaus Unwillen zuzuziehen.

Andere Experten im Kanzleramt sahen bereits Kiesingers „Arrangement“ nähergerückt. Daß Moskau mit dem deutschen Regierungschef über fernöstliche Probleme Kontakt aufnehmen, spreche dafür, daß die Bundesrepublik in der sowjetischen Politik eine neue, positivere Rolle spiele.

Ähnlich sahen es regierungsnahen Zeitungen:

- ▷ „Moskau beklagt sich ... über die Chinesen“ (Bonner „General-Anzeiger“).
- ▷ „Die chinesische Frage ist ... offiziell in die deutsch-sowjetischen Gespräche eingeführt worden“ („Welt“).
- ▷ „Zarapkins Informationsbesuch könnte jener Silberstreif am Horizont sein, auf den man so lange hoffte“ („Nürnberger Nachrichten“).

So stellte es sich den Optimisten am Dienstag und Mittwoch letzter Woche

dar, denn bis dahin hatten die Sowjets außer in Bonn nur in Tokio und Paris gleiche Demarchen unternommen — in den Ländern also, die sich mit Westdeutschland in die ersten Plätze des Chinahandels teilen.

Am Donnerstag aber waren die Träume von einer neuen Rolle Bonns verfliegen. Denn nun wurde bekannt: Die Sowjets hatten auch in zahlreichen anderen westlichen Ländern den gleichen diplomatischen Schritt getan. Auf einmal boten sich ganz andere Interpretationen an, etwa die sowjetische Absicht, den Angstgegner China in der Welt isoliert zu halten (siehe Seite 127).

In Bonn gewann die Mahnung Willy Brandts anlässlich des vorletzten Zarapkin-Kiesinger-Treffens, vor der Präsidentenwahl in Berlin, wieder Gewicht: „Wir dürfen nicht meinen, jedesmal wenn der sowjetische Botschafter mit dem Außenminister oder mit dem Bundeskanzler spricht, dann beginne ein neues Kapitel der Weltgeschichte.“

BLACHSTEIN

Nicht um kümmern

Ich hatte neun Berufe, der zehnte war die Not.

Peter Blachstein

Den achten Beruf, Botschafter der Bundesrepublik in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad, hatte Peter Blachstein, 57, schon im August vorigen Jahres aus Gesundheitsgründen aufgekündigt.

Den neunten Beruf, Abgeordneter der SPD im Deutschen Bundestag, nahmen ihm seine Genossen auf dem Außerordentlichen Landesparteitag der Hamburger SPD am Samstag vorletzter Woche. In einer Kampfabstimmung unterlag der Uralt-Parlamentarier (er vertrat den Hamburger Wahlkreis Eimsbüttel seit 1949) gegen den 22 Jahre jüngeren Dozenten Dr. Wilhelm Nölling.

Die Hamburger SPD hatte ihre Sensation: Zum erstenmal in der Nach-



Verlierer Blachstein
„Ein Tabu durchbrochen“

kriegsgeschichte der Partei hatten rebellische Genossen einen vom Parteivorstand und von seinem eigenen Kreis vorgeschlagenen Bundestagskandidaten die Nominierung verweigert. Der Lokstedter SPD-Distriktsvorsitzende Wolfgang Duysen, Anführer der Blachstein-Gegner, frohlockte: „Ein Tabu ist durchbrochen.“

Dabei war der Partei-Veteran mit guten Aussichten ins Rennen gegangen. Denn auf seiner Seite war nicht nur die Tradition, sondern auch die Unterstützung durch den Bonner Parteivorstand und die Hamburger Parteijugend.

Die Jungsozialisten, Studenten und Assistenten hatten nicht vergessen, daß Blachstein lange Jahre als das linke Gewissen der Partei galt; Er hatte sich dem Godesberger Anpassungsprogramm der SPD widersetzt, gegen die Notstandsgesetze gestimmt und seit Jahren immer wieder die Diktaturen in Spanien und Griechenland angeprangert.

Seine Gegner warfen ihm dagegen vor, er habe den Kreis Eimsbüttel wie ein „Barockfürst“ beherrscht, und seine Progressivität erschöpfe sich in Wirklichkeit in „pseudo-linkem Gebaren“ (Duysen).

Die in Geldsachen pingeligen Genossen pikierte zudem, wie Blachstein mit dem Auswärtigen Amt um seine Belgrad-Bezüge feilschte. Er verlangte, daß ihm seine 19 Abgeordnetenjahre im Bundestag als Jahre im Öffentlichen Dienst angerechnet würden (SPIEGEL 19/1968). Blachstein: „Ich bin doch kein Trautmäntler, der nicht sieht, was möglich ist.“

Besonders verübelten die Genossen dem Botschafter sein leichtfertiges Spiel mit dem für Willy Brandts neue Ostpolitik so wichtigen Belgrader Posten. Als Blachstein nämlich seine Rückkehr nach Hamburg und seine erneute Kandidatur mit „Gesundheitsgründen“ motivierte, erfuhren sie von Freunden des Botschafters, daß dieser schon vor seinem Amtsantritt in Belgrad erklärt hatte, er werde dort höchstens ein Jahr lang bleiben.

Als illoyal und unverantwortlich gegenüber Parteichef Willy Brandt empfanden es die Eimsbütteler auch, daß Blachstein wegen seiner Bemühungen um einen Wahlkreis während der Tschechen-Krise seinen Belgrader Amtssitz im Stich gelassen hatte.

Und die Rebellen erhielten weiteren Zulauf, als sich Blachstein in einem Brief an den Hamburger SPD-Vorsitzenden Paul Nevermann darüber beschwerte, daß aus dem „Eimsbütteler Sumpf“ eine „Kampagne mit antisemitischen Motiven“ gegen ihn entfacht worden sei.

Trotz dieser „ungeheuerlichen Unterstellung“ (SPD-Kreisvorstand) wurde Blachstein, der sich für den antisemitischen Brief entschuldigte, dennoch Anfang Dezember letzten Jahres von der Eimsbütteler Delegiertenkonferenz als Bundestagskandidat vorgeschlagen.

Die Rebellen gaben nicht auf. Noch bevor Innensenator Heinz Ruhnau auf

dem Außerordentlichen SPD-Landesparteitag am vorletzten Wochenende im Hamburger Besenbinderhof Punkt 6 der Tagesordnung (Nominierung der Bundestagskandidaten) aufrief, hatten die Blachstein-Gegner — Parole: „Schwachsein mit Blachstein“ — die für einen Gegenkandidaten erforderlichen 90 Delegierten-Unterschriften für Nölling beisammen.

Die erste Abstimmung der über 300 Delegierten ergab bei 40 Enthaltungen 152 Stimmen für Nölling und 140 Stimmen für Blachstein. Aber keiner von beiden erhielt die erforderliche Mehrheit von 50 Prozent.

Der Landesvorstand und die Eimsbütteler Delegierten zogen sich zu getrennten Beratungen zurück, denn nach einem gescheiterten Wahlgang müssen sie den Landesdelegierten gemeinsam einen Kandidaten vorschlagen.

Der Parteivorstand war für den Eimsbütteler Kreisvorsitzenden und



Gewinner Nölling
„Dann nehmt ihn jetzt auch“

Blachstein-Intimus Dr. Reinhard Hoffmann. Mit 20 gegen 15 Stimmen schlossen sich die Eimsbütteler Genossen widerwillig und nicht ohne Hintergedanken an.

Noch bevor die zweite Abstimmung begann, verbreiteten die Nölling-Anhänger nach ihrer Rückkehr ins Plenum blitzschnell die Parole: Vorschlag Hoffmann — „gar nicht um kümmern“.

Die Blachstein-Gegner verstanden: Verlegenheits- und Alleinkandidat Hoffmann schaffte im zweiten Wahlgang nicht die 50-Prozent-Klausel.

Wiederum gingen der Landesvorstand und die zerstrittene Eimsbütteler Genossenschaft in Klausur. Die Parteispitze schlug nun einen weiteren Kandidaten vor, den Staatsanwalt und stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans-Ulrich Klose. Doch gerade als die Eimsbütteler diesen Kompromißvorschlag diskutierten, meldete sich die Eimsbütteler Delegierte Else Haaker „zur Geschäftsordnung“.

Die Genossin begehrte zu wissen, ob es denn anginge, daß ihr Kreisvorsitzender Hoffmann sowohl an den geheimen Beratungen der Eimsbütteler wie an denen des Parteivorstandes (dem er auch angehört) teilnehme.

Auch Landeschef Nevermann, der sich just in diesem Augenblick bei den Eimsbüttelern nach dem Stand des Rennens Klose gegen Nölling erkundigte, fand keinen Gefallen an Hoffmanns Benehmen. Nevermann: „Wenn ihr immer noch den Nölling wollt, dann nehmen wir ihn jetzt auch.“

Die Eimsbütteler wollten, und die Landesdelegierten, die unterdessen die „Internationale“ angestimmt hatten, wollten es nun auch.

Wilhelm Nölling erhielt im dritten Wahlgang schließlich mit 182 von 322 abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit.

Peter Blachstein war unterdessen großlos verschwunden. Sein letzter Wunsch: Wenn überhaupt, dann solle wenigstens nicht sein Gegner Paul Nevermann die bereits konzipierte Dankesrede auf ihn halten.

In aller Eile sprang Ulrich Klose ein und sang vom Blatt das hohe Lied von Peter Blachstein. Text: Paul Nevermann.

Seinen zehnten Beruf, „die Not“, braucht Peter Blachstein deshalb aber nicht anzutreten: Für seine Zeit im Bundestag erhält er die Höchstpension von 1840 Mark. Seinen Genossen gegenüber bezeichnet er sich selbst als „vermögender Mann“.

BERLIN

MUNITIONS-GESCHÄFT

Bis es paßt

Am Montag vergangener Woche ließ Fritz Eugen Scharenberg, 38, Geschäftsführer und Eigentümer der Carat Hartmetall GmbH & Co. KG in Spandau, an Berlins Journalisten gelbe Waschzettel verteilen.

Mit fünf Zellen dementierte der Kaufmann den SPIEGEL-Bericht vom selben Tage über Geschloßkern-Lieferungen aus den USA an sein West-Berliner Unternehmen. Scharenberg: „Der Artikel im SPIEGEL ist unzutreffend.“

Am Dienstag gab der Fabrikant weiße Waschzettel heraus. Der Hartmetall-Fachmann, nun schon weicher: „Die vom SPIEGEL ... erhobenen Vorwürfe sind nur insoweit richtig, als dargelegt wird, daß es sich ... um Fehllieferungen handelt.“

Am Mittwoch schließlich dementierte Fritz Eugen Scharenberg sein eigenes Montags-Dementi. Der Carat-Chef zum SPIEGEL über den SPIEGEL-Bericht: „Das ist alles richtig.“

Daran freilich zweifelte zu diesem Zeitpunkt in Berlin ohnehin kaum noch jemand. Allein die „Berliner Morgenpost“ aus dem Hause Springer klassifizierte den Bericht noch am Dienstag als „Schauermärchen“, ob-